



Antifa

Die Berliner VVN-BdA begeht den 70. Jahrestag ihrer Gründung. Über das heutige Gedenken an die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und die Unterschiede der Generationen. Ein Gespräch mit Werner Knapp und Frauke Schallau

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 18. JANUAR 2018 · NR. 15 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Aufbegehrt

Tunesien: Massenproteste gegen Wirtschaftskrise, autoritäre Staatsführung und Diktate des IWF

3

Angedockt

Berlin: Warnstreik studentischer Hilfskräfte. Vernetzung mit Arbeitskämpfen außerhalb der Uni

5

Abserviert

Washington halbiert die Unterstützung für palästinensische Flüchtlinge. Sozialprogramme gefährdet

7

Angezählt

Das Georg-Lukács-Archiv in Budapest soll geschlossen werden. Interview mit Rüdiger Dannemann

8

Kämpfen statt kuschen

IG Metall beweist in Tarifaueinandersetzung einen langen Atem. Zehntausende beteiligen sich an Warnstreiks. **Von Simon Zeise**

Der Kampf geht weiter. Am Mittwoch legten im Zuge der laufenden Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie mehr als 30.000 Beschäftigte zeitweilig die Arbeit nieder. Gewerkschafter aus rund 140 Betrieben zog es vor die Werkstore, erklärte die IG Metall in einer Pressemitteilung. Seit dem Ende der Friedenspflicht hätten sich bundesweit 468.000 Beschäftigte an den Warnstreiks beteiligt.

Unter besonderer Aufmerksamkeit stand der Protest beim Autobauer Opel. Der Konzern war im August 2017 von der französischen PSA Gruppe übernommen worden. Im Zuge eines Sanierungsprogramms wurde Anfang des Jahres von der Unternehmensspitze für die kommenden sechs Monate Kurzarbeit eingeführt. Auf dem Rücken der bundesweit 19.000 Mitarbeiter will das Management kurzfristig 1,1 Milliarden Euro einsparen. Dafür sollen bis Ende 2018 Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden.

An den Standorten Rüsselsheim, Kaiserslautern, Eisenach und Dudenhofen beteiligten sich 6.600 Opel-Arbeiter am Ausstand. Ohne die Unterstützung der Belegschaft könne eine Umstrukturierung des Autobauers nicht gelingen, erklärte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, vor den Demonstranten am Stammwerk in Rüsselsheim. Das Sanierungsprogramm »Pace« (Tempo) müsse eigentlich »Peace« (Frieden) heißen, sagte Hofmann. Die IG Metall sei zum Kampf bereit, wenn auf die Arbeitsplätze bei Opel zugegriffen werden solle. »Das ist ein starkes Signal für die Tarifrunde und an PSA nach Frankreich. Wir kämpfen gemeinsam für die Zukunft



Lautstark für bessere Arbeitsverhältnisse: Eine Opel-Mitarbeiterin verlieh ihrer Forderung Nachdruck (Rüsselsheim, 17. Januar)

von Opel, für Arbeitszeiten, die zum Leben passen und für mehr Entgelt.« Das Geld sei bei den Beschäftigten besser aufgehoben, als bei den Großaktionären. »Sechs Prozent sind drin«, so Hofmann. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug betonte die Wichtigkeit des Warnstreiks gerade in der aktuellen betrieblichen Situation. Die Sanierung von Opel könne nur mit und nicht gegen die Beschäftigten erreicht werden. »Wir erwarten, dass die von PSA gemachten Zusagen eingehalten werden«, sagte er.

Hofmann hat dem Unternehmensverband Gesamtmetall eine klare Frist gesetzt: Zum Auftakt der vierten Verhand-

lungsrunde am 24. Januar in Stuttgart müsse erkennbar werden, wohin die Reise geht. Der Vorstand der Gewerkschaft werde am 26. Januar nach Sitzungen sämtlicher regionalen Tarifkommissionen entscheiden, ob eine weitere Eskalation unvermeidbar sei. »Wir sind auf alles vorbereitet – auch auf bundesweite ganztägige Warnstreiks oder eine Urabstimmung und damit unbefristete Flächenstreiks in einzelnen Regionen«, hatte Hofmann am Dienstag in Frankfurt am Main erklärt. Dank hoher Überschlüsse können sogar Teilnehmern an Warnstreiks Verdienstaufschläge gezahlt werden. Das war bislang nur bei ordentlichen Streiks mit vorhergehender Ur-

abstimmung möglich. Seit 2015 hat die IG Metall aber ihre Satzung geändert. Seitdem werden auch Tagesstreiks als Kampfmittel gewertet.

Das Forderungspaket der IG Metall umfasst die Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um sechs Prozent über eine Laufzeit von zwölf Monaten sowie neue Arbeitszeitregelungen, die jedem Beschäftigten das Recht auf zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit geben sollen. Beschäftigten soll durch einen Bonus Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen ermöglicht werden. Die Kapitaleseite wertet die Forderung als verfassungswidrig.

Versöhnung mit Ankara

Deutschland und Türkei wollen in »Sicherheitsfragen« wieder verstärkt zusammenarbeiten

Nach längeren Verstimmungen nähern sich die Regierungen Deutschlands und der Türkei nun auch offiziell wieder an. Die Innen- und die Außenministerien beider Staaten wollen sich über Themen von gemeinsamem Interesse austauschen, wie die Bundesregierung am Mittwoch mitteilte. »Es gibt gute Gespräche zwischen beiden und Schritte der Annäherung, über die wir uns freuen«, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes. Es gebe aber auch »schwierige Brocken, schwierige Themen im bilateralen Verhältnis,

die miteinander besprochen werden müssen«.

Beide Seiten wollen auch in »Sicherheitsfragen« wieder enger zusammenarbeiten. Ein Treffen auf Staatssekretärebene sollte dazu am Mittwoch in Berlin stattfinden. Einem Bericht der Welt zufolge geht es bei der Wiederaufnahme der Gespräche auch um den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS). Die Türkei sei in wichtigen Bereichen wie der Terrorbekämpfung ein zentraler Partner, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Dagegen spricht viel: 2016 wurde

der im Exil lebende Journalist Can Dündar in der Türkei wegen Geheimnisverrats zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an islamistische Terrormiliz aufgedeckt hatte. Außerdem hat Ankara immer ein hartes Vorgehen gegen Exilpolitiker der auch in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verlangt.

Im vergangenen Jahr waren die deutsch-türkischen Konsultationen ausgesetzt worden. Der zur Zeit in der Türkei inhaftierte Welt-Korrespondent Deniz Yücel stellte diese Woche klar,

dass er »schmutzige Deals« zwischen Berlin und Ankara für seine Haftentlassung ablehne. Er wolle seine Freiheit nicht »mit Panzergeschäften von Rheinmetall oder dem Treiben irgendwelcher anderen Waffenbrüder befleckt wissen«, so Yücel in einem schriftlich über seine Anwälte geführten Interview der Deutschen Presseagentur (dpa). Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) bestritt laut dpa, dass es solche Deals gebe und sprach davon, dass »beide Länder Respekt voreinander« haben müssten. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Ahed Tamimi bleibt in Haft



Tel Aviv. Die wegen tätlichen Angriffs auf einen israelischen Soldaten angeklagte 16jährige Palästinenserin Ahed Tamimi muss bis zum Ende ihres Verfahrens in Haft bleiben. Dies entschied ein israelisches Militärgericht im Westjordanland am Mittwoch, wie die Armee mitteilte. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte ihre sofortige Freilassung gefordert. Tamimi hatte im vergangenen Monat einen Soldaten vor laufender Kamera ins Gesicht geschlagen und damit großes Aufsehen erregt. Nach Angaben von Amnesty hat sie eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren zu befürchten. Ahed Tamimi und ihre Mutter waren im vergangenen Monat in dem Dorf Nabi Saleh nahe Ramallah festgenommen worden. Vielen Palästinensern gilt die junge Frau mit langen blonden Locken und blauen Augen als Heldin und Symbolfigur des Widerstands gegen die Besatzung. (dpa/jW)

Bundestag setzt Fachausschüsse ein

Berlin. Nach einer dreimonatigen Übergangsphase verfügt der Bundestag wieder über Fachausschüsse. Das Parlament beschloss am Mittwoch einstimmig die Einsetzung von 23 ständigen Ausschüssen, so des Haushalts-, des Innen- und des Petitionsausschusses. Über die jeweiligen Vorsitzenden soll aber erst in der nächsten Sitzungswoche Ende Januar entschieden werden. In den vergangenen Monaten hatte es nur den sogenannten Hauptausschuss, in dem alle anstehenden Entscheidungen vorbereitet wurden, gegeben. Die Festlegungen zu den Ausschussvorsitzenden sind diesmal brisant. Nach dem bisher üblichen Verfahren stünde der AfD als größter Oppositionsfraktion der Vorsitz im Haushaltsausschuss zu, falls es zur Neuaufgabe der großen Koalition kommt. Die Spitze der Unionsfraktion sieht laut CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt keinen Grund, davon abzuweichen. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von
2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
www.jungewelt.de/lpg

